

ZUR SACHE

„Nai hämmer gsait!“

ORTENAU (hrö). Wer in der Ortenau an frühere Anti-Atomkraft-Demonstrationen denkt, dem fällt, obwohl das Dorf gar nicht im Ortenaukreis liegt, sondern am Rande des Kaiserstuhls, unweigerlich „Wuhl“ ein. Doch viele Menschen aus der Ortenau waren an den Protestaktionen damals beteiligt. Ursprünglich sollte das südbadische Atomkraftwerk in Breisach gebaut werden. Doch am 19. Juli 1973 war auf einmal im Radio zu hören, dass der Standort aufgegeben wurde und das Kraftwerk in Wuhl am Kaiserstuhl gebaut werden soll. Der Protest ließ nicht lange auf sich warten: Was mit 27 Demonstranten begann, endete in einem für damalige Verhältnisse unvorstellbaren Ausmaß an zivilem Ungehorsam: Es entstanden Bürgerinitiativen, es gab Demonstrationen. Die Protestierenden, und das war das Neue an der Bewegung, stammten aus allen politischen Lagern und allen Schichten.

Im Januar 1975 prüfte das Verwaltungsgericht Freiburg die erste Teilgenehmigung. Das Gericht lud immerhin 45 Sachverständige. Gegen den Bau klagten unter anderem die Städte und Gemeinden Endingen, Lahr, Forchheim, Sasbach, Schwanaue und Weisweil. Die Richter entschieden, dass die Bauarbeiten gestoppt werden müssen. Die Landesregierung unter Ministerprä-



Demo 1973 in Wuhl. Foto: DPA

sident Hans Filbinger legte Widerspruch ein, der Bau ging weiter. Der Widerstand wurde massiver, es kam zu Platzbesetzungen. 1977 aber wurde der Weiterbau vom Verwaltungsgericht untersagt. Teile der Anlage wurden dann für das Kernkraftwerk „Philippsburg 2“ verwendet. Der Streit um das geplante Kernkraftwerk Wuhl gilt als einer der Marksteine der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung. Zu den prominentesten Gegnern zählten der Liedermacher Walter Mossmann oder die damalige Offenburger Bundestagsabgeordnete Christa Reetz (Grüne). Rheinau war als Alternativstandort für das umstrittene Kraftwerksprojekt im Gespräch. Gebaut wurde aber nie.



Der älteste französische Atommeiler – in Fessenheim – ist nicht weit vom Ortenaukreis entfernt.

FOTO: DPA

„Den Atomkurs korrigieren“

FDP-Kreisrat Karlheinz Bayer fordert Kurswechsel / Regierungspräsidium hat Notfallpläne

ORTENAU/FREIBURG (obe). Die Diskussion um die Nutzung der Atomkraft ist angesichts der Tragödie von Japan voll entbrannt und wird auch im Ortenaukreis vehement geführt. Der Renchtaler FDP-Kreisrat Karlheinz Bayer etwa pocht nun mit deutlichen Worten darauf, „den Atomkurs zu korrigieren“. In einem Schreiben an den Generalsekretär der Liberalen, Christian Lindner, droht er: „Ich sträube mich dagegen, weiter Wahlkampf für diesen Irrweg zu machen.“

Das nächste Atomkraftwerk produziert im elsässischen Fessenheim – 30 Kilometer von Freiburg entfernt – Strom. Was wäre wenn? Diese Frage eines atomaren Super-GAU will sich niemand wirklich vorstellen, doch das Regierungspräsidium in Freiburg (RP) muss vorbereitet sein. Im Falle einer Katastrophe in Fessenheim läge auch die Ortenau in der Gefahrenzone. Notfallpläne liegen in der Schublade.

„Wir wollen den Menschen größtmögliche Information an die Hand geben“, erklärt RP-Sprecher Matthias Henrich. Im Netz ist unter anderem eine Notfallbrochure zu finden. Vor kurzem wurde der Zugang zu den Katastrophenschutz-Seiten im Netz verbessert und ein Link direkt zu den aktuellen Messdaten und eventuellen Meldungen des Kernkraftwerks (KKW) Fessenheim sichergestellt. „Wenn ein Bürger etwas sieht oder hört, kann er direkt nachschauen.“

Der Fachbereich Katastrophenschutz im Regierungspräsidium – [burg.de; Abteilung 1, Referat 14 – hat unter anderem die Aufgabe der Vorsorgeplanungen für die deutsche Umgebung der grenznahen Kernkraftwerke Fessenheim im Elsass sowie Beznau und Leibstadt in der Schweiz, außerdem die Sicherstellung des Einsatzstabes einschließlich des Kernreaktor-Fernüberwachungssystems auf Ebene des Regierungspräsidiums. Die Informationen umfassen Verhaltenstipps bei einem radiologischen Notfall, etwa: nach Sirenen-Alarm auf Lautsprecher- und Rundfunk-Durchsagen zu hören, im Haus zu bleiben, Lüftungs- und Klimaanlage auszuschalten.](http://www.rp-frei-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Atomkraftwerk Fessenheim bereits 1978 in Betrieb genommen

Ebenso sind die Notwendigkeiten im Falle einer angeordneten Evakuierung aufgeführt, wie das Packen eines Notgepäcks mit Kleidung für zwei bis drei Tage, Ausweispapieren, Geld und Medikamenten. Die Notfallpläne haben das Regierungspräsidium Freiburg und die Präfektur Haut-Rhin in Colmar gemeinsam erstellt. Im Falle einer Reaktor-Katastrophe läge die Ortenau innerhalb der so genannten Fernzone – 100 Kilometer – um das KKW. Die Zone ist wiederum in Sektoren unterteilt, um Mess- und Probenahmeorte festzulegen sowie Alarmmaßnahmen vorzubereiten.

Die Ereignisse in Japan nahm die Initiative „Stop Fessenheim“ gestern zum Anlass, erneut die sofortige Abschaltung des ältesten französischen Atommeilers zu fordern. Die Risiken, die vom KKW Fes-

senheim ausgehen, seien hinlänglich bekannt. Einen meldepflichtigen Vorfall gab es etwa 2004. Damals gelangten in einem der Blöcke Ionenaustauscher-Harze ungewollt in den Reaktorkreislauf, der Reaktor wurde von Hand abgeschaltet und heruntergekühlt. Im Dezember 2009 wurde der zweite Reaktor des Kernkraftwerks wegen Problemen im Kühlkreislauf vorerst abgeschaltet. Das Kraftwerk ist seit 1978 in Betrieb, wurde aber bereits Anfang der 70-er Jahre geplant.

An den Landtagswahl-Infoständen ist das Thema bereits ebenfalls angekommen. Jetzt meldete sich FDP-Kreisrat Karlheinz Bayer aus Bad Peterstal in einem Brief mit klaren Worten an FDP-Generalsekretär Christian Lindner und weitere Parteifreunde zu Wort. In Bezug auf die Ereignisse in Japan beteuert der Mediziner: „Fukushima ist Wuhl, ist falsch besetzt von der FDP“. Die Frage, warum der Atomausstieg gekippt wurde, höre er von Bürgern immer wieder. Bayer: „Wir, die FDP, als sie noch F.D.P. hieß, und ich, als ich noch Jungdemokrat war, sind in Wuhl mit den Bauern, Pfarrern und augenscheinlich den ganzen Südbadenern auf die Straße gegangen und haben Wuhl gegen den Widerstand des furchtbaren Juristen und Ministerpräsidenten Filbinger verhindert.“ An den Werten und Wahrheiten von damals habe sich kein Deut geändert. Jeder Tag, an dem an der Kerntechnologie festgehalten werde, sei ein Risikotag, so Bayer. Die FDP müsse einräumen, dass sie einen Fehler gemacht hat, und den Atomkurs korrigieren.